

Grüne Ärztinnen und Ärzte
Mariahilferstraße 91/6
1060 Wien

Zur Vollversammlung der Ärztekammer für Wien am 6. Dezember 2011 stellen die MandatarInnen der Fraktion Grüne Ärztinnen und Ärzte folgenden Antrag:

Die Vollversammlung der Ärztekammer für Wien möge beschließen:

Die Verantwortlichen im Bereich der Ärztekammer, im Bereich der Sozialversicherungsträger sowie der Gemeinde Wien werden aufgefordert energische Schritte zu unternehmen, um die Verbesserung der kassenärztlichen Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher zu verbessern.

Begründung

Dem offensichtlich steigend Bedarf stehen derzeit laut Praxisplan für ganz Wien nur zwei (2!) niedergelassene KassenfachärztInnen mit entsprechender Qualifikation gegenüber. Damit liegt der Betreuungsschlüssel für die niedergelassene fachärztliche Versorgung bei 1,6 Mio. Einwohner in Wien bei ca. 1:800.000! Daraus resultieren vollkommen unzumutbare Wartezeiten auf eine adäquate Versorgung für die betroffenen Patienten und ihre Angehörigen, wobei gerade die Versäumnisse entsprechender medizinischer Versorgung bei Kindern und Jugendliche wesentlich weitreichendere soziale und sozioökonomische Auswirkungen haben als bei Erwachsenen, und somit ein klassisches gesundheitspolitisches Versagen erster Ordnung darstellen. Dieser Umstand wird auch vom Obmann der Bundeskurie der niedergelassenen Ärzte, Günter Wawrowsky in einer Aussendung festgestellt die im doktorin wien 11/2011 zitiert wird: "Wir wissen, dass knapp 10 Prozent der österreichischen Kinder und Jugendlichen im Alter bis zu 18 Jahren beratungs-beziehungsweise behandlungsbedürftig sind. Das sind in etwa 180.000 jungen Menschen... Wird nicht rechtzeitig eingegriffen, kann das für die Betroffenen dramatische Folgen haben."

Obwohl dieser Zustand somit insgesamt eher an die medizinische Versorgung eines 3. Welt Landes als an Österreich denken lässt, ist sich eine Fraktion dieser Kammer (Hausärzteverband) in einer dem ärztlichen Berufsethos zutiefst widersprechenden Weise nicht zu schade auf dem Rücken dieser benachteiligten Patientengruppe politisches Kleingeld schlagen zu wollen (Hausarzt Telegramm 10/2011a)! Ein Verhalten, daß ein zusätzlicher Ansporn sein sollte diesen Antrag zu unterstützen.

Dr. Franz Mayrhofer